

Peter Gstettner

(Mauthausen Aktiv Kärnten/Koroška, Universität Klagenfurt/Celovec)

Politik mit der Erinnerung

Mit dem Obertitel der Tagung „Zweierlei Gedenken“ und der Überschrift meines Referats „Politik mit der Erinnerung“ ist fast schon alles gesagt. Die traditionelle Politik mit der Erinnerung hat zu einer polarisierten Situation geführt. Wir haben eine geteilte, zerteilte Erinnerung (vgl. Huhnke 2000), wir haben zweierlei Gedenken, und beides ist Folge der landläufigen Politik mit der Erinnerung.

Es ist ja nicht die Geschichtswissenschaft, die uns sagt, welcher Ereignisse wir uns erinnern sollen und was wir getrost vergessen können. Es ist auch nicht unser Gedächtnis, das uns die Kriterien liefert, woran wir uns zu erinnern haben. Niemand kann sich an die gesamte Geschichte in all ihren Facetten erinnern; dazu ist unser Gedächtnis ein zu unvollkommener Speicher, mengenmässig begrenzt und stets anfällig für das Vergessen. Ausserdem sind die historischen Daten für uns keine neutralen Fakten, sondern wir verhalten uns dazu emotional und affektiv, in Entsprechung zu unseren persönlichen Näheverhältnissen zu den Ereignissen, die wir selbst erlebt haben oder von denen wir sonstwie „betroffen“ sind.

Die Gesellschaft, oder besser gesagt, die jeweilige Gesellschaftspolitik beeinflusst ganz wesentlich unsere Erinnerung, nicht so sehr die persönliche und biografische, sondern die öffentliche, die gesellschaftlich zugelassene Erinnerung. Es ist die Politik, die uns sagt, was wir getrost vergessen können und welcher historischer Ereignisse wir uns erinnern sollen. Ein Blick auf die Gesellschaft und auf die Landschaft ihrer Denkmäler und Gedenkstätten, ein Blick in die Geschichts- und Schulbücher, ein Blick auf die Namensgebung von Strassen und öffentlichen Plätzen lehrt uns, was politisch-zeitgeschichtlich für erinnerenswert gehalten werden wird und was ins kollektive Gedächtnis eingehen soll. Wenn diese Annahme stimmt, dann verweisen die fehlenden Denkmäler und Gedenkstätten auf Ereignisse, die lieber vergessen werden sollen. Ein Blick auf die aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Denkmalsetzungen kann uns aber auch lehren, wo sich der Widerstand gegen dieses gelenkte Vergessen organisiert und von wem er getragen wird, von welchen Personen und Gruppen und von welcher Generation. Aus der öffentlichen Wertschätzung oder Diffamierung dieser Personen bzw. Gruppen können wir Rückschlüsse über die gesellschaftliche Wertschätzung jener Ereignisse ziehen, denen ein Denkmal gesetzt werden soll.

Die Politik, psychologisch betrachtet, setzt auf das Kurzzeitgedächtnis der Menschen.¹ Die Politik behält sich vor, die geschichtlichen Ereignisse selektiv zu betrachten und für das Wahlvolk eine der möglichen Versionen als „unsere Vergangenheit“ öffentlich zu präsentieren; diese Version muss eine möglichst mehrheitsfähige und deshalb annehmbare und „angenehme“ sein.

Da es (a) nie ganz sicher und ausgemacht ist, welche der Versionen die zustimmungs- und mehrheitsfähige nun wirklich ist, und da es (b) vor allem seit 1933 in Deutschland und seit 1938 in Österreich kaum Ereignisse der Nazi-Zeit gibt, die man allgemein als „angenehm“ bezeichnen kann (oder darf), zieht es die Politik gerne vor, die „Bewältigung der Zukunft“ vor die Beschäftigung mit der Vergangenheit zu stellen. So wird die NS-Vergangenheit als ein „Randthema der Geschichte“ behandelt, oder, wenn es sich nicht anders machen lässt, als eine Zeit, die – obzwar die Demokratie abgeschafft war - so schlecht nicht gewesen sein konnte, gab es doch Zucht und Ordnung, Disziplin und Gehorsam, wenig Arbeitslosigkeit und Kriminalität, dafür um so mehr Nationalstolz, Wehrwillen, Familiensinn und Kinderreichtum, Kräftemessen, Schaffenskraft, Autobahnbau, kurzum eine zukunftsorientierte Volksgemeinschaft und eine „ordentliche Beschäftigungspolitik“ (Jörg Haider).

Die gängige Politik mit der Erinnerung *spaltet* die Gesellschaft und versucht sie zu *versöhnen*. Ich möchte im folgenden diese widersprüchlich erscheinende These erläutern.

(1.) Die Gesellschaft wird einmal gespalten in einen offiziellen, herzeigbaren Teil ihrer Vergangenheit und in einen inoffiziellen, abgedunkelten, verschwiegenen Teil. Der herzeigbare Teil muss naturgemäss geschönt und aufpoliert werden, vor allem wenn es sich um die NS-Zeit handelt. Zur Behübschung der NS-Geschichte tragen die Politiker selbst bei, indem sie der Erinnerung an diesen Teil der Geschichte ein pompöses und erhabenes Gepräge geben, schliesslich stellen sich die Politiker an diesen Gedenktagen und -orten selbst dar und positionieren sich dadurch als „Traditionsträger“ einer Positivschau auf die NS-Vergangenheit.

¹ Die Politiker wollen ja auch nicht an den eigenen Versprechungen und Zusagen allzu lange gemessen werden; die Politiker wollen – wie wir gerade jetzt immer wieder von der neuen FPÖ/ÖVP-Regierung zu hören bekommen – an ihren zukünftigen Taten gemessen werden und nicht an ihren Worten in der Vergangenheit. Allein diese Aussage halte ich für eine gefährliche Ausblendung, weil sie eine eindeutige Aufforderung zum Nicht-erstnehmen des Wortes und zum raschen Vergessens beinhaltet. Vielleicht hätten wir heute weniger Schwierigkeiten mit der Darstellung unserer belasteten Vergangenheit, wenn wir schon viel früher die Politik an den Worten gemessen hätten; dann hätten nämlich sicher viel mehr Menschen spätestens ab 1933 erkannt, was die Nazis im Schilde führen; ausgesprochen war es schon lange, bevor die entsprechenden Taten folgten. Dann, als die Taten gesetzt wurden, waren schon zu viele - die Mehrheit der Deutschen und Österreicher - sehend oder blind, als Mithelfer oder Mitläufer, involviert in das verbrecherische Geschehen, dann hatten die Worte ihren versteckten Ankündigungscharakter schon längst verloren und viele waren „plötzlich“ – zumeist ohne verbrecherische Absicht – Träger eines Unrechtssystems geworden, das sie mittrugen und mitverantworteten.

In Kärnten ist der Ulrichsberg bei Klagenfurt Beispiel für so einen offiziellen Gedenkort, wo jeden ersten Sonntag im Oktober die Spitzen der Politik, der Kirchen und der sog. Volkskultur, gemeinsam mit den Kriegsveteranen der Wehrmacht, den „Heimkehrern“ von der Front, einschliesslich den Angehörigen der SS-Verbände, schon seit 40 Jahren sich daran erinnern, dass sie alle „Opfer“ waren, und dass diejenigen, die glücklos (weil geschlagen) aber dennoch glücklich vom grossen „Völkerringen“ heimgekehrt sind, neue „Opfer“ bringen mussten – gemeint sind die „Opfer“ des geduldigen Ertragens der von ihnen so bezeichneten „Unrechtsjustiz“ der Nachkriegszeit (sog. Siegerjustiz) und die Opfer und Mühen des Wiederaufbaus. - Beim Ulrichsbergtreffen wird eine Geschichtsvariante als Narrativ (als grosse Erzählung) weitergegeben und dabei geschönt und so verbogen, dass sich die Generation der Kriegsteilnehmer pauschal rehabilitiert, d. h. von jeglicher Schuld freigesprochen, und als ehrenwerte Gesellschaftsmitglieder wieder eingesetzt fühlen dürfen – auch die ehemaligen SS-ler, von denen Jörg Haider behauptete, sie hätten sogar eine Vorbildfunktion für die Jugend, weil sie „anständige Menschen“ geblieben sind, „die einen Charakter haben und die auch bei größerem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind“ (vgl. Haiders Rede beim traditionellen Treffen der SS-Veteranen in Krumpendorf am Vorabend der Ulrichsbergveranstaltung, 30.9.1955).² - Was sind die „Überzeugungen“, die die Ulrichsbergbesucher alljährlich aus ganz Europa zusammenführen? Es ist z. B. die Überzeugung, dass die Soldaten der auf Adolf Hitler vereidigten Wehrmacht „Vorkämpfer für den Frieden“ und für die Demokratie in einem „vereinten Europa vom Atlantik bis zum Ural“ gewesen sind, dass die deutsche Wehrmacht ebenso „ritterlich kämpfte, wie die Soldaten anderer Nationen auch“, dass es wohl nicht als Unrecht bezeichnet werden kann, wenn die deutschen Soldaten mit ihren Feldzügen nur eines im Sinn hatten, nämlich „ihre kleine Heimat und das große Vaterland zu lieben und einer Pflicht und einem Eid zu gehorchen“.³

Das Ulrichsberggedenken steht nicht nur für Geschichtsrevisionismus und für das Reinwaschen und Behübschen des deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieges im Osten, die Ulrichsbergverehrung steht auch für die Schaffung von positiven Vergangenheiten, von zustimmungsfähigen Werten und Tugenden, in erster Linie für den Charaktertyp des gehorsamen Pflichterfüllers, für den soldatischen Menschen schlechthin. Der jetzige Klagenfurter ÖVP-Bürgermeister Harald Scheucher, der Sohn des Gründers der Ulrichsberggemeinschaft, hat es 1995 so ausgedrückt: Der Ulrichsberg sei „Mahnmal und Gedächtnisstätte an das heroische Menschentum“. Jörg Haider präziserte und forderte in einem ORF-Interview (19.12.1995) „alle Ehre und Anerkennung“ für die Mitglieder der Waffen-SS⁴; und der damalige ÖVP-

² Zitiert nach Czernin 2000, S. 47

³ Zitiert nach Gstettner 1995, S. 19

⁴ Zitiert nach Czernin 2000, S. 48

Verteidigungsminister Fasslabend sprach den am Ulrichsberg versammelten Kriegsveteranen seine Hochachtung dafür aus, dass im Krieg jeder einzelne seine persönliche Angst überwunden hätte.

An Orten wie diesem muss jede andere Version der historischen Ereignisse verschwiegen und tabuisiert werden. Nicht nur die „Minderheiten“-Version vom Heldenmut der Widerstandskämpfer und vom Leidensweg der Menschen slawischer und jüdischer Herkunft, sondern auch die folgende: Jeder Tag dieses „heroischen Menschentums“ hat die Qualen von Millionen Opfern in den Kriegsgebieten, in den Konzentrationslagern und Gestapogefängnissen verlängert; jeder Tag „Angstüberwindung“ der selbsternannten Vaterlandsverteidiger gab den Henkern und Schlächtern in Hitlers Wehrmacht und Polizei neue Gelegenheit, weiter zu töten, zu rauben und zu morden. Millionen Menschen, Männer, Frauen, Kinder, Säuglinge, alte Menschen, Behinderte, ZwangsarbeiterInnen, Juden, Sinti und Roma, Zeugen Jehovas u.v.a., sollten vernichtet und spurlos ausgelöscht werden. Ihre Leidens- und Opfergeschichten werden von der offiziellen, heroisierten und politisch inszenierten Gesellschaftsgeschichte abgespalten und durch Verschweigen dem öffentlichen Vergessen anempfohlen.

Die beiden Versionen verhalten sich also zueinander wie zwei Seiten einer Medaille; die eine Seite liegt jedoch immer am Boden, wird nie aufgedeckt, sondern immer in den Schmutz getreten (vgl. Gstettner 2000). Es ist die Geschichte der „Minderheiten“, der Neinsager, der Widerständigen, der Gefangenen, der Ghettobewohner, der Deportierten, der KZ-Häftlinge, der Flüchtlinge, der Wehrdienstverweigerer, der Partisanen und anderer Nonkonformisten. Im kollektiven Gedächtnis werden diese Minderheiten nochmals getötet, ausgelöscht. Diese „zweifachen Opfer“ repräsentieren nämlich die unangenehmen Teile der eigenen Geschichte, die nicht herzeigbaren Teile - entweder weil sie für eine antifaschistische Haltung stehen, die man selbst nie eingenommen hat (und die man auch heute wieder ungehindert denunzieren darf), oder weil diese Opfergruppen permanent an die Frage der eigenen Verstrickung in das NS-System erinnern und damit die „Schuldangst“ wach halten. Diese Minderheiten-Gruppen repräsentieren in ihren Überlebenden (und in den Nachfahren der Holocaust-Überlebenden) das „schlechte Gewissen“ der Gesellschaft. Sie mahnen die Frage nach der „zweiten Schuld“ ein.⁵

Die „zweite Schuld“ betrifft das Vergessen des Vergessens, betrifft die Weitergabe des Verschweigens und Verdrängens der „ersten Schuld“, betrifft also alles, was nach 1945 an politischen Manövern gestartet, zugelassen und gefördert wurde, um das kollektive Gedächtnis von der Erinnerung an die „dunklen Schatten der Vergangenheit“ zu befreien - angefangen von den

⁵ Zum Konzept der „zweiten Schuld“ vgl. Giordano 1987

Rechtfertigungsversuchen der Kriegsteilnehmer, fortgesetzt über das einverständnisheischende Verharmlosen des grossdeutschen Vernichtungskrieges und der Massenmorde in den Konzentrationslagern, bis hin zur Forderung, doch endlich einen Schlusstrich unter all dies zu ziehen. Die Forderung nach dem Schlusstrichziehen bezieht sich zunächst auf das Sprechen über die andere Seite der Medaille, auf das Suchen nach der „anderen Wahrheit“ in der öffentlich tradierten Geschichte, dann auf das angeblich ständige Erinnern und Fordern der Juden, auf das Mahnen der Antifaschisten, und schliesslich auf den „grossen Friedensschluss“ mit der Tätergeneration, die damals zwar dabei war, aber „davon“ nichts gewusst haben will, und die deshalb ohne Schuld sei. Und damit bin ich beim (falsch verstandenen) Versöhnungsversuch, beim grossen Friedensschluss.

(2.) Die „zweite Schuld“, also „die hartnäckige Verweigerung aus Angst vor Selbstentblößung“ (Giordano 1987, S. 13), die Blockierung, sich nach 1945 mit der eigenen Rolle in der NS-Zeit ernsthaft auseinanderzusetzen, der oft selbstquälerische Versuch der Kriegsgeneration, die eigene kompromittierende Rolle im mitgestalteten und mitgetragenen Nazi-System vor der nachfolgenden Generation zu rechtfertigen, all dies führte zu einer Art „Lebenslüge“. Auf nationaler Ebene kennen wir dies als „österreichische Lebenslüge“: Österreich als erstes Opfer der Hitler-Aggression. Auf biografischer Ebene kennen wir dies aus den lautstarken Rechtfertigungsdiskursen an den Biertischen und bei den Gedenkfeiern vor den Kriegerdenkmälern. Das gemeinsame Bekenntnis heisst dort: „Wir sind alle Opfer“, oder allenfalls, „Wir sind alle unschuldige Täter“ (vgl. Wodak u.a. 1990); und weiter: Von den Verbrechen haben wir nichts gewusst, die Opferzahlen der Juden sind übertrieben, auch in anderen Armeen hat es Verbrechen gegeben, auch in anderen totalitären Systemen hat es Konzentrationslager gegeben, viel schlimmere sogar, unsere waren ja nur „Arbeitslager“ oder „Straflager“, und überhaupt, „wenn Wiedergutmachung, dann diskutieren wir sie über alle, auch über die Sudentendeutschen, auch über die Altösterreicher, meine Freunde.“ (Jörg Haider, Zeit im Bild I, 9.9.1998)⁶.

Das pädagogische Problem ist dabei ein folgenschweres: Einmal, dass die nachfolgende Generation mit solchen Lebenslügen aufwächst, in sie einsozialisiert wird. Die Weitergabe der Lebenslüge basiert auf der (unausgesprochenen) intergenerativen Verpflichtung zur Realitätsverweigerung, Geschichtsverbiegung und zum Schuldverschweigen. Der falsche Friedensschluss mit der Vergangenheit erscheint als „Versöhnung der Generationen“, als wieder hergestellte Loyalität der jungen hinsichtlich der Werte der alten. Mit diesem Friedensschluss versucht die ältere Generation die jüngere in die Pflicht zu nehmen, nicht in die militärische sondern in die

⁶ Zitiert nach Czernin 2000, S. 49. - An der Präambel der FPÖ/ÖVP – Bundesregierung ist auch in dieser Hinsicht, neben der lobenswerten Absicht der raschen materiellen Entschädigung der noch lebenden NS-Zwangsarbeiter, die Handschrift Haiders erkennbar.

moralische Gehorsamspflicht. Die jungen Menschen sollen durch das Befolgen von Kritikverbot und Schweigekonsens die Zustimmung zu dem Geschichtsbild der alten signalisieren. Die Nachfolgenerationen verpflichten sich dadurch auf die Geschichtsbilder und Erinnerungsmuster der NS-Pflichterfüller.

Die Einsicht in die Spirale von erster und zweiter Schuld, die öffentliche Erinnerung an die Verbrechen im Schatten des Krieges und die Thematisierung des Vergessens und Verdrängens nach 1945, das Gedenken an die „anderen Opfer“, all dies bedeutet eine Absage an die intergenerative Verpflichtung, einem Konsens zu folgen, der die Generationen in verlogener Unschuld und scheinheiliger Unwissenheit aneinander kettet. Die bewusste Verweigerung von Gehorsam und Gefolgschaft ist für die herrschende Politik ein Alarmsignal. Die Absage an den Schweigekonsens muss einer auf Harmonie und politische Friedhofsruhe eingespielten Gesellschaft zutiefst zuwider sein. Allerdings ist diese Absage für die Nachfolgeneration ein notwendiger Bruch, ein Akt der Emanzipation, denn er ist ein erster Schritt hin zu einer neuen gemeinsamen Zukunftsfindung. Wie sonst sollte eine demokratische Gesellschaft ihr Nichteinverständnis mit den damaligen Umständen der Etablierung der Nazi-Herrschaft, ihr Nichtteilen der Bewunderung für die sog. Errungenschaften und „positiven Seiten“ des Nationalsozialismus, ihre Nichtakzeptanz mit dem staatlich sanktionierten Naziterror und der Aufhebung aller Menschenrechte signalisieren?

Erinnerungspädagogik erfordert also folgende Grundeinstellungen und Aktionen: Ansetzen beim Erinnern an das Vergessen, Analyse der zweiten Schuld und offener Loyalitätsbruch zu denen, die immer wieder eine Pflichtübung verlangen, die da heisst: „Die wahre Vergangenheitsbewältigung besteht in der Versöhnung der Generationen im Verdrängungs- und Schweigekonsens“. Natürlich kann sich durch diese demonstrative Gehorsamsverweigerung ein Graben zwischen den Generationen auf tun, ein Graben, der vorher auch schon da war, der aber erst durch den Loyalitätsbruch sichtbar wird. Indem dieser Graben künstlich zugeschüttet war, war uns der Blick auf das Grauen der NS-Zeit und auf die wirklichen Opfer verstellt. Diesen Blick gilt es wiederzugewinnen, zu verfeinern und ausdauernd zu machen, denn auch unsere Loyalität und Einfühlung haben dann ihre Bezugspunkte geändert: Sie sind nicht mehr vorbehaltlos auf Seiten der ehemals kriegsführenden „Helden“ und nunmehr „heimgekehrten“ Väter.

Das ausdauernde Verweilen bei dem Grauen der NS-Zeit und den Opfern machen Angst. Dieser Angst nicht mit neuen Abwehr- und Ausweichmanövern zu begegnen, ist mit eine Aufgabe der pädagogischen Erinnerungsarbeit, einer kollektiven Trauerarbeit, die nicht mit dem Zeigefinger unterrichtet, sondern die Subjektivität als Medium des Reflektierens und Lernens ernst nimmt (vgl. Gstettner 1999).

Hannah Arendt betonte einmal, dass ein ausdauerndes Verweilen beim Grauen und Erinnern an die Opfer notwendig sei, um eine „antizipierende Angst“ entwickeln zu können (vgl. Welzer 1997). Diese antizipierende Angst ist keine Zukunftsangst, ist nicht die Angst, dass sich die Vergangenheit in der Zukunft wiederholt, sondern ist eine Möglichkeit des Rückholens und Nachholens der damals verweigerten Einfühlung in menschliches Leid und Unrecht, eine Annäherungsmöglichkeit an das „Denken mit den Opfern“. Die antizipierende Angst zuzulassen, ihr nachzugehen, ist ein Weg des Verstehens, wie damals die Erschaffung einer Welt möglich war, in der alle Normen und Wertvorstellungen von der Würde und Achtbarkeit des menschlichen Wesens nichtig und hinfällig waren, einer Welt, in der die Nazi-Opfer in absoluter Unbarmherzigkeit, Anonymität und Einsamkeit untergingen und ausgelöscht wurden, einer Welt, aus der nur wenige als „Wiedergänger“, als Mahner und Träger des moralischen Gewissens der Menschheit zurückgekehrt sind, einer Welt, die zu verstehen sich allein schon deshalb lohnt, um zu wissen, was wir alle unrettbar verloren haben, was von uns allen zu betrauern ist und wie eine bessere und gerechtere Welt zu bauen ist.

Literatur:

Czernin, H. (Hrsg.): Haider, beim Wort genommen. Wien 2000

Giordano, R.: Die zweite Schuld oder von der Last Deutscher zu sein. Frankfurt/M. 1987

Gstettner, P.: Eine Verhöhnung der Opfer des NS-Terror und seiner verbrecherischen Organisationen: Die jährliche Ulrichsbergfeier. In: Alpe Adria, Informationsblatt der Alpen Adria Friedensbewegung Nr.3, 1995, S. 18-19

Gstettner, P.: Subjektivität im interkulturellen Lernprozeß. Wahrnehmung, Übernahme und biografische Aufarbeitung verkommener Geschichte. In: Aluffi-Pentini, A./Gstettner, P./Lorenz, W./Wakounig, V. (Hrsg.): Antirassistische Pädagogik in Europa. Theorie und Praxis. (= Slowenische Jahrbücher) Klagenfurt/Celovec 1999, S. 183-200

Gstettner, P.: Die andere Seite der Medaille zur Sprache bringen. Weshalb es notwendig ist, im Hause des Henkers nicht nur vom Strick sondern auch von den Gehängten zu reden. In: Pöllinger Briefe, Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft für regionale Kulturarbeit und Bildung Nr.60, 2000, S. 28-30

Huhnke, B.: Geteilte – zerteilte Erinnerung. In: Grewenig, A./Jäger, M. (Hrsg.): Medien in Konflikten. Holocaust, Krieg, Ausgrenzung. Duisburg 2000, S. 29-48

Welzer, H.: Verweilen beim Grauen. Essays zum wissenschaftlichen Umgang mit dem Holocaust. Tübingen 1997

Wodak, R. u.a.: „Wir sind alle unschuldige Täter“. Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus. Frankfurt/M. 1990